

17/I/2021

Beschluss

Überweisung

Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen

Die Unterrichtsversorgung betrug im ersten Halbjahr des Schuljahres an den BBS landesweit durchschnittlich nur ca. 86 Prozent – die prozentuale Versorgung der BBS Stadthagen und BBS Rinteln lag nach Presseberichten vom Januar d. J. sogar noch darunter. Es besteht hier also ein dringender, erheblicher Handlungsbedarf.

Für die Zukunft der Arbeitswelt und für unsere Unternehmen in Schaumburg sind gut ausgebildete Fachkräfte unerlässlich und am Ende ein wesentlicher Standortvorteil. Hierzu bedarf es für die Ausbildung von Nachwuchskräften gut ausgestatteter Schulen. Für die angemessene sächliche und räumliche Ausstattung sorgt der Landkreis als Schulträger - nicht zuletzt durch die ausgewogene Bildungspolitik unserer KT-Fraktion.

Für eine ausgleichende Unterrichtsversorgung sind die niedersächsische Landesschulbehörde und das Kultusministerium zuständig.

Trotz vieler Anstrengungen unseres Kultusministers Grant Henrik Tonne, eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen, muss es ein wichtiges bildungspolitisches Ziel bleiben, die Situation der Berufsschulen nachhaltig zu verbessern.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation sind aber auch Anstrengungen an anderer Stelle erforderlich. Der öffentliche Dienst steht im Wettbewerb mit der Wirtschaft, wenn es darum geht, die besten Nachwuchskräfte für sich zu gewinnen. Zur Personalgewinnung gehört auch, den Besoldungsunterschied zwischen den Bundesländern auszugleichen.

Wir fordern von der Landesregierung und vor allem vom Finanzministeriums daher:

- die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für die niedersächsischen Landesbeamtinnen- und beamteten spätestens im Jahr 2020
- zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes zur Alimentation von Beamtinnen und Beamten (BVerg. 2c32.17 vom 30.10.18)
- vollständige Übertragung der Haushaltsreste der Budgets für die Schulen.
- die Nutzung aller außerschulischen Ressourcen zur Sicherstellung von Unterrichtsangeboten (z.B. Deutschsprachkursen)

Darüber hinaus fordern wir von der Landesregierung die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze für Lehramtsstudierende für alle Schulformen an den Hochschulen sowie die Erweiterung der Ausbildungsplätze an Studienseminaren.

Überweisen an

Material an die SPD-Landtagsfraktion